

16. Landtag von Baden-Württemberg, 105. Sitzung
Mittwoch, 11. Dezember 2019, 10 Uhr

Rede

Innenpolitischer Sprecher

Thomas Blenke MdL

zur Zweiten Beratung **des Staatshaushaltsplans 2020/2021**

Es gilt das gesprochene Wort.

Thomas Blenke MdL:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration umfasst große Teile des hoheitlichen Handelns des Landes und mit der Digitalisierung eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Ich möchte heute einmal mit den Kommunen beginnen. Land und Kommunen arbeiten eng zusammen, um das Beste für die Menschen in Baden-Württemberg zu bewirken. Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, ist das Subsidiaritätsprinzip ein hohes Gut. Wir stehen zu unserer Verantwortung den Kommunen gegenüber, und die Unterstützung durch das Land funktioniert

auch. Die CDU-Landtagsfraktion hat großen Wert daraufgelegt, dass alle strittigen Fragen zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden noch vor den Haushaltsberatungen geklärt werden.

Wir begrüßen, dass es auf der Zielgeraden gestern Abend, Herr Innenminister und Frau Finanzministerin, nun zur Einigung mit den kommunalen Landesverbänden in den strittigsten Punkten – das BTHG, die Geduldeten, aber auch der Integrationskostenausgleich und weitere Punkte – gekommen ist. Ein Scheitern, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre fatal gewesen.

Das hätte auch unserem Verständnis einer wertschätzenden Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen nicht entsprochen. Dass diese Zusammenarbeit in Baden-Württemberg funktioniert, zeigt sich schon daran, dass die baden-württembergischen Kommunen die geringste Schuldenlast bundesweit haben.

Meine Damen und Herren, im Kommunalwahljahr möchte ich auch ein Wort des Dankes an all diejenigen sagen, die sich im Mai dieses Jahres bei den Kommunalwahlen als Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung gestellt haben. Danke an alle, die sich als Kreisräte, Gemeinderäte, Stadträte, Ortschaftsräte ehrenamtlich für das Wohl ihrer Heimat einbringen.

Meine Damen und Herren, das ist die Mensch gewordene Subsidiarität.

Die digitale Infrastruktur ist heute faktisch so wichtig wie Strom und fließendes Wasser. Wir haben, Herr Kollege Sckerl hat es bereits ausgeführt, in dieser Legislaturperiode bereits 1 Milliarde € bereitgestellt. Wir werden mit diesem Doppelhaushalt weitere 600 Millionen € an Verpflichtungsermächtigungen für den Ausbau der digitalen Infrastruktur aufbringen. Dieses Geld geht direkt in die Ausgestaltung vor Ort, in den Städten, aber insbesondere auch im ländlichen Raum. Es ist Geld, das für gleichwertige Lebensverhältnisse und für die wirtschaftliche Entwicklung sorgt – auch im Schwarzwald, auf der Alb, in Hohenlohe und, Herr Kollege Haser, im Allgäu.

So haben wir es in dieser Legislaturperiode geschafft, dass zum Jahresende 2018 für mehr als 87 % aller Haushalte ein Internetanschluss mit mindestens 50 bit/s verfügbar war. Das war eine Verbesserung

Bevor Sie jetzt irgendwelche Einwände erheben, falls Sie es tun wollten: Darauf ruhen wir uns natürlich nicht aus. Wir werden auch in Zukunft keine Schwarzwaldtäler – die berühmten – zuwachsen lassen.

Digitale Chancen brauchen auch digitale Sicherheit. Wir schaffen mit der Cybersicherheitsagentur und mit der Cybersicherheitsstrategie wichtige Verbesserungen für die Sicherheit im IT-Bereich im Land.

Auch beim Thema Spätaussiedler hat sich der eben schon erwähnte Kollege Haser intensiv eingesetzt, und es ist gelungen, dass wir die Förderung der Kulturarbeit nach dem Bundesvertriebenengesetz fortführen und dass wir einen Zuschuss – das war uns wichtig, war ihm auch sehr wichtig – für die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zur Verfügung stellen können.

Zur Sicherheit gehört auch der Bevölkerungsschutz. Die Feuerwehren in Baden-Württemberg müssen rund um die Uhr voll einsatzfähig sein. Dies sicherzustellen, ist Aufgabe der Kommunen. Das Land hilft dabei. Deswegen stärken wir auch im jetzt kommenden Doppelhaushalt erneut die Feuerwehren.

Was die Feuerschutzsteuer angeht, erwarten wir für das Jahr 2020 ein weiter steigendes Aufkommen auf dann 68 Millionen € und im Jahr darauf sogar in Höhe von 69 Millionen €. Die Feuerschutzsteuer wird 1 : 1 für Zwecke der Feuerwehr vor Ort verwendet. Vor Ort in den Kommunen für die Gemeindefeuerwehren und für den Ausbau der Landesfeuerweherschule in Bruchsal. Diese Landesfeuerweherschule in Bruchsal, lieber Kollege Hockenberger, als Abgeordneter aus dem Wahlkreis, ist die Modernste, die es im Bereich der Feuerwehren gibt.

Die Kapazität der Landesfeuerweherschule werden wir nämlich, obwohl sie modern aufgestellt ist, noch einmal um 25 % erhöhen. Das gewährleistet beste Aus und Fortbildung. Für uns als CDU-Landtagsfraktion ist es ein großes Anliegen, das Ehrenamt in den Blaulichtorganisationen zu stärken. Schon in früheren Haushalten haben wir hier Akzente gesetzt.

Für uns gehören die Helfer vor Ort zu den wirkungsvollsten und wertvollsten Ehrenamtlichen schlechthin. Die Helfer vor Ort verkürzen nämlich die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes.

Wenn es um Sekunden geht, werden so Leben gerettet. Es handelt sich hier um eine rein ehrenamtliche Aufgabe. Wir, die CDU-Fraktion, haben die Initiative gestartet und sie findet im Haushalt Niederschlag, dass wir für die Helfer vor Ort einmalig rund 800 000 € zur Verfügung stellen. Damit kann sich jede Helfer-vor-Ort-Gruppe Ausstattung, beispielsweise einen Defibrillator, oder was sonst noch benötigt wird, beschaffen. Das ist Stärkung und Förderung des Ehrenamts pur.

Kommen wir zur inneren Sicherheit, zur Polizei. Wir setzen die größte Sicherheitsoffensive in der Geschichte des Landes auch mit diesem Haushalt fort.

Die 1 500 zusätzlichen Stellen aus dem Koalitionsvertrag sind bereits in Umsetzung. Im Frühjahr nächsten Jahres, in wenigen Monaten, kommen die ersten fertig ausgebildeten zusätzlichen Polizisten, Herr Minister, aus der Ausbildung in die Dienststellen, in die Reviere im Land. Damit nicht genug: Wir sorgen mit mehr Polizeibeamten sichtbar für mehr Sicherheit. Die Bürger sollen objektiv sicher leben und sich subjektiv auch sicher fühlen.

In den nächsten beiden Jahren werden wir 3 000 Polizeianwärter einstellen, deutlich mehr als Ersatzbedarf nötig ist. Das heißt, wir schaffen mehr und zusätzliche Stellen. Ich kann mich nicht erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass jemals so viele neue Polizisten eingestellt wurden, wie in dieser Legislaturperiode seit 2016 von der grünscharzen Koalition.

Wer mehr Polizei will, muss mehr Nachwuchs ausbilden, anders geht es nicht. Wir gehen ans Limit – wirklich ans Limit! – der Ausbildungskapazitäten, die wir haben. Wir stocken ferner bei der Polizei die Mittel für die Betriebskosten um rund 9 Millionen € im Jahr auf. Wir investieren kräftig in moderne und hochwertige Ausrüstung und Technik. Dann gibt es seit über zehn Jahren – Kollege Sckerl hat es bereits angesprochen – für die Polizisten, die rund um die Uhr zum Schutz der Bevölkerung da sind, die Zulage für den lageorientierten Dienst. Ich kann mich dem Kollegen anschließen: Wir haben dieses Thema auf der Tagesordnung.

Wir haben es auf der Tagesordnung. Wir werden diese Erschwernisse besser vergüten, lieber Kollege Binder. Das hat auch mit Wertschätzung für die zu tun, die immer für uns da sind. Wir müssen nur aufpassen, dass der Schuss nicht nach hinten losgeht. Denn es kann passieren, dass ein Beamter, wenn er eine Zulagenerhöhung bekommt, dann steuerrechtlich in die nächste Progressionsstufe kommt und unter dem Strich weniger hat als vorher.

Das kann nicht passieren, das wollen wir nicht, und deswegen muss dies gründlich abgewogen werden.

Die Fraktion der SPD hat ja im Finanzausschuss einen Änderungsantrag eingebracht, die Fraktion der FDP/DVP hat heute einen eingebracht. Das hat die GDP schon im Jahr 2014 gefordert. Damals hießen die Minister meines Wissens Gall und Schmid, beide von der SPD. Warum haben Sie es damals nicht gemacht?

An die FDP/DVP-Fraktion: Wir werden Ihren Änderungsantrag ablehnen. Sie haben da ein bisschen von Bayern abgeschrieben, was die Zulagenhöhe angeht.

Dummerweise haben Sie dabei übersehen, dass die Bayern im Gegenzug aber die Wechselschichtzulage, eine andere Zulage, abgeschafft haben. Deswegen war es nur halb kopiert und deswegen nicht richtig.

Meine Damen und Herren, Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund nehmen beängstigend zu. Wir haben ein Sonderprogramm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Der Anschlag auf eine Synagoge in Halle hat das Sicherheitsgefühl der Menschen im Land stark erschüttert. Zwei unbeteiligte Menschen verloren ihr Leben. Nicht auszudenken, was wäre, wenn der Täter in die Synagoge gelangt wäre. Es ist unsere Pflicht, jüdischen Mitbürgern den bestmöglichen Schutz zu gewähren. Deswegen stellen wir, Herr Minister, insgesamt 3 Millionen € zur Verfügung.

Ich möchte mich zum Schluss – Frau Präsidentin, ich weiß, es leuchtet – im Namen der CDU-Landtagsfraktion bei allen Bediensteten des Landes für ihre geleistete Arbeit sehr herzlich bedanken. Wir wissen, was wir an ihnen haben.

Ein ganz besonderer Dank gilt all denen, den Tausenden von Menschen, die in ihrer Freizeit in kommunalen Mandaten ehrenamtlich tätig sind, oder die in Blaulichtorganisationen ehrenamtlich tätig sind. Das ist Ehrenamt allerbesten Güte, und dafür bedanken wir uns sehr, sehr herzlich.

Wir werden dem Einzelplan 03, der eine kraftvolle Innenpolitik ermöglicht, zustimmen.

Vielen Dank.